Wäre ein Windpark Burg

Aus Angst vor Versorgungslücken will der Bund befristet auf Öl- und Gasenergie zurückgreifen; entgegen der eigenen Energiestrategie.

«Die Frage ist doch: Wollen wir etwas machen oder nicht?»

Christian Zurbrügg aus Oberhof AG setzt sich als Privatperson für die Belange des Windparks Burg auf der Salhöhe ein.

Interview: Noël Binetti

Christian Zurbrügg sieht von seinem Haus aus auf den betroffenen Waldrand.
Bild: Bruno Kissling

Das Projekt Windpark Burg hat seine Ursprünge im Jahr 2008. Warum wird heute, rund 14 Jahre später, oberhalb von Kienberg noch immer kein Strom aus Windkraft produziert?
Christian Zurbrügg: Das müsste man die Politik fragen. Doch langsam findet auf Bundes- und Kantonsebene ein Umdenken statt. In der Schweiz ist es heute möglich, jedes Projekt mit unzähligen Einsprachen unendlich lange zu verzögern. Aus Bern kommen jetzt aber Signale, dass der Wille da ist, das zu ändern. Es ist richtig, dass es eine Möglichkeit gibt, Bedenken anzumelden. Diese müssen in der Folge genau geprüft werden. Wenn dann ein positiver Bescheid vorliegt – und das gilt nicht nur für Windparkprojekte –, muss das Projekt realisiert werden können. Es geht hier um Planungssicherheit für Projektverantwortliche und um hohe Kosten, die damit eingespart werden können.

Welche Fehler sind beim Windpark Burg den Initianten und Befürwortern während des Projektverlaufs bisher unterlaufen?
Das ist ganz einfach: Man hat es versäumt, alle betroffenen Parteien von Beginn weg miteinzubeziehen. Konkret geht es um die Einwohnenden von Wölflinswil AG. Sie fühlten sich übergangen.

Wäre es aus bürokratischer Sicht nicht einfacher gewesen, man hätte die Standorte der Windräder nur auf einem Gemeindegebiet und in nur einem Kanton geplant?
Das kann ich nicht genau beurteilen, da ich mich nicht seit Beginn für das Projekt einsetze. In der Sache hätte es bestimmt geholfen, doch auch dann hätte es Widerstand gegeben.

Energiekrise und drohende Versorgungslücken im Winter: Ist die Debatte Wasser auf die Mühlen der Windpark-Befürworter?
Die Lage spricht sicher nicht dagegen. Wir befinden uns in einer Situation, die viele dazu bringt, umzudenken. Sie merken, dass Strom nicht einfach so aus der Steckdose kommt. Ich glaube, dass das Verständnis der Leute geweckt wird.

Sind Ihnen Menschen aus Ihrem Umfeld bekannt, die aufgrund der internationalen Ereignisse ihre Meinung in Bezug auf Windparks geändert haben?
Nein, so nicht. Das Thema Windpark Burg wird zurzeit kaum diskutiert, viele halten sich dazu bedeckt. Mir scheint, auch im Vorfeld der noch folgenden Abstimmung in Oberhof AG muss die Debatte erst noch geführt werden.

Warum wird die Diskussion um einen möglichen Windpark ob Kienberg rasch emotional?
In einem Dorf werden solche Fragen stets sofort emotional. Vielleicht mangelt es an der Bereitschaft, sich gemeinsam an einen Tisch zu setzen. Manchmal wird zudem vielleicht nicht nur mit aufrichtigen Bandagen gekämpft. Ich betonte stets, dass Leute, die gegen das Projekt sind und sich eingehend damit beschäftigen wollen, zuerst einen vergleichbaren, bereits bestehenden Windpark in der Schweiz besuchen sollten, um vernünftig urteilen zu können. Denn das Werfen mit Schlagworten und das Skizzieren von Bedrohungen, die ein solcher Windpark angeblich mit sich bringen soll, bringt niemanden weiter. Der Sache ist das nicht dienlich.

Welche Informationen erhalten Sie über den Stand des Verfahrens?
Keine. Wir wurden lediglich über den Eingang der Einsprachen informiert.

In welchem Punkt geben Sie der Gegnerschaft recht; welche ihrer Ängste können Sie nachvollziehen?
Es ist klar: Eine Windturbine und der Mast sind in der Landschaft sichtbar, und das Windrad dreht sich, somit ist eine solche Anlage in gewissem Ausmass für das Auge auffällig. Dass hier gewisse Ängste vorhanden sind, kann ich ein Stück weit nachvollziehen.

Welche Argumente der Gegnerschaft lassen Sie nicht gelten?
Die angeführte Problematik mit dem Lärm etwa oder den Schattenwurf. Beides ist vernachlässigbar, die Distanz zu Wölflinswil und Oberhof ist zu gross. Davon kann man sich etwa im Berner Jura auf dem Mont Crosin überzeugen. Im Vergleich zu Hochspannungsmasten ist der Eingriff in die Landschaft, den ein Windpark dieser Dimension darstellt, aus meiner Sicht moderat.

Wenn sich Befürworter und Gegner auf einen Kompromiss einigen müssten; welche Zugeständnisse der Befürworter an die Adresse der Gegner sind denkbar?
Viel ist da wohl nicht zu machen. Entweder hat man dort oben Windkraft oder eben nicht. Ein Windrad mehr oder weniger ist nicht entscheidend. Doch um eine solche Frage zu diskutieren, müsste man mit den Gegnern an einem Tisch sitzen.

Wären Sie für dieses Interview mit den Gegnern an einen Tisch gesessen?
Absolut, das wäre das Sinnvollste, das man machen kann. Denn so erfährt man die Standpunkte voneinander. Im Grossen stellt sich doch die Frage, ob wir als Bevölkerung in ausreichendem Ausmass auf Strom verzichten können und wollen, um einer Versorgungslücke entgehen zu können. Vermutlich ist das aber nicht der Fall. Darum muss man sich mit Fragen wie dem Bau eines Windparks auseinandersetzen. Das Ziel müsste dann eigentlich sein, einen Konsens zu finden.

Sind Sie persönlich mit Strom auf der Strasse unterwegs?
Geschäftlich ja, privat noch nicht. Ich habe auch noch keine Fotovoltaikanlage auf dem Dach, doch ich setzte mich damit auseinander, und es ist mein Ziel.

Warum erhebt die Gegnerschaft den Vorwurf der Intransparenz?
Wie erwähnt hat man nicht alle Betroffenen in die Planung miteinbezogen. Das habe ich aus Gesprächen mit Leuten erfahren. Der Frust darüber ist ein Stück weit verständlich. Was die Vorprüfungen der Kantone betrifft: Die wurden stetig weiterentwickelt. Hätte man da an einem Tag kommuniziert, wäre das kurz darauf wieder überholt gewesen. Darum finde ich es sinnvoll, wenn das Projekt öffentlich vorgestellt wird, sobald es fertig «glismet» ist.

Wie stehen Sie mit den Gegnern in Kontakt; gibt es Versuche, sich auszutauschen?
In direktem Kontakt stehe ich mit den Gegnern nicht. Ich persönlich vertrete die Befürworter der Gemeinde Oberhof.

Der Gegner erklärtes Ziel ist das Bundesgericht und damit die maximale Verzögerung des Projekts. Welche Hoffnung haben Sie in das oberste Gericht?
Ich gehe aus heutiger Sicht davon aus, dass im Sinne der Energieversorgung entschieden wird, wenn Betroffene oder die einsprechende Partei nicht sachlich darlegen können, wie sie in ihrem Recht verletzt werden. Das ist aber ein Bauchgefühl und ich hoffe, dass es gar nicht so weit kommt. Es wäre schön, wenn man vorher zur Einsicht gelangt, dass man nicht den Fünfer und das Weggli haben kann. Denn plötzlich stehen auch Naturschutzorganisationen unter Druck: Sie ändern ihre Meinung etwa bei der Erweiterung von Staumauern, weil die Bevölkerung Forderungen stellt. Wenn es tatsächlich bis vor Bundesgericht geht, dauert das noch Jahre. Dabei kommt offensichtlich eine Verhinderungspolitik zum Tragen, die zum Ziel hat, das die Investoren abspringen. Das ist schade.

Was wäre nötig, damit Sie Ihr Engagement für einen Windpark Burg über Bord werfen?
Sollten bei der Abstimmung in Oberhof zwei Drittel gegen das Projekt stimmen, wäre dieser Volkswille zu akzeptieren. Damit hätte ich kein Problem. Dass die Betreiber das Projekt dann mit vier Windrädern weiterverfolgen würden, davon gehe ich heute aus. Man muss sehen: Mit einem Windpark Burg könnte man den Bedarf sämtlicher Haushalte Aaraus decken, ohne Industrie. Ob das viel oder wenig ist, kann man so oder so darstellen. Die Frage ist doch: Wollen wir etwas machen oder nicht?

Das Projekt Windpark Burg

Windparkprojekte sind umstritten und für Initianten gelten hohe Auflagen. Das Projekt Windpark Burg hat seine Anfänge im Jahr 2008. Drei Jahre später wurde in Olten die Betriebsgesellschaft Windpark Burg AG gegründet, die ihren Sitz in Kienberg hat. Seither wurden eine ganze Reihe Abklärungen gemacht und Gutachten erstellt; die Kantone Solothurn und Aargau prüften das Projekt. Geplant sind fünf Turbinen nördlich der Salhöhe, von denen vier auf dem Boden Kienbergs und eine auf dem Gemeindegebiet von Oberhof AG zu stehen kommen sollen.

Das Vorhaben wird zu 5 Prozent von der Gemeinde Kienberg getragen, zu 25 Prozent von der AEW Energie AG, 30 Prozent der Anteile gehören der Venton Suisse GmbH und 40 Prozent des Aktienkapitals den Genfer Stadtwerken. Kostenpunkt: rund 25 Millionen Franken. Der Windpark Burg würde zur Energiestrategie des Bundes nur einen überschaubaren Anteil leisten, dennoch wäre er nicht unbedeutend: Gemäss Berechnungen soll die Anlage 21 Gigawattstunden Strom pro Jahr erzeugen, was dem jährlichen Bedarf aller Haushalte der Stadt Aarau entspricht. Die Kienberger Bevölkerung hat dem Vorhaben an einer ausserordentlichen Gemeindeversammlung im Dezember 2018 deutlich zugestimmt.

Gegen die erfolgte Planauflage sind etliche Einsprachen, darunter eine Sammeleinsprache des rund 300 Mitglieder starken Vereins Pro Burg eingegangen. Deren Abarbeitung durch die Gemeinde Kienberg nimmt viel Zeit in Anspruch. Sie ist in diesem Stadium bewilligungsgebende Behörde. Noch ist nicht klar, wann mit einem Entscheid gerechnet werden kann. Danach kann